

Ergänzung zum Bericht über die Situation der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde Ende Dezember 1938.

Die im vorigen Berichte angegebenen Zahlen über den Umfang der Auswanderung wurden von dem Berichterstatter im allgemeinen mit unbedeutenden Abweichungen bestätigt. Nach seiner Darstellung betrug das Verhältnis der ihre Ausreise aus Wien selbst bestreitenden Juden zu den durch die Kultusgemeinde in dieser Hinsicht unterstützten bis zum 10. November 3 : 1, nach diesem Tage 1 : 1.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen den die Oberaufsicht über die Kultusgemeinde führenden S.S.-Obergruppemführern Eichmann und Kuchmann und den leitenden Männern der Kultusgemeinde Dr. Josef Löwenherz, Emil Engel und Dr. Benjamin Murmelstein erklärte Berichterstatter, dass wiederholt ausgesprochener Sadismus bei den Aufträgen der ersteren an die letzteren vorherrscht. So ist es bei ihnen sehr beliebt, für umfangreiche schriftliche Arbeiten einen ganz knappen Ablieferungstermin zu stellen. Im Dezember allein wurde neben dem Jahresbericht die Ablieferung folgender Arbeiten in sehr kurzer Frist verlangt: "Die wirtschaftliche und kulturelle Situation der Juden in Oesterreich vor und nach dem Umbruch," ~~und~~ "Jüdische Bevölkerungsbewegung in Oesterreich vor und nach dem Umbruch" und "Das jüdische Organisationswesen vor dem Umbruch". Ausser diesen mit Statistiken und Diagrammen zu belegenden grossen Arbeiten ist allwöchentlich der sogenannte "Wochenbericht" abzuliefern. Hinsichtlich des Inhaltes dieser Darstellungen kommt es darauf an, sie in einer den Auftraggebern genehmen Weise zu verfassen, doch wird von den Autoren gelegentlich auch ohne, dass sie deshalb bisher einen Anstand gehabt hätten ~~gelegentlich~~ es versucht, Momente anzuführen, die eigentlich die Widersinnigkeit der nationalsozialistischen Judenpolitik beweisen. Im allgemeinen muss, wie bereits im Bericht mitgeteilt, auf den Umfang der Auswanderung das Schwergewicht bei allen an die Gestapo abzuliefernden Arbeiten gelegt werden.

Die drei Leiter der Kultusgemeinde mussten sich verpflichten, nicht eher auszureisen, bevor nicht die Auswanderung der Juden aus der "Ostmark" beendet ist. Alle drei müssen im Falle von Auslandsreisen, die sie nur im Interesse der Auswanderung unternehmen dürfen und deren Zeitdauer ihnen von der Behörde genau vorgeschrieben wird, Geissel in Wien stellen, zu denen insbesondere die Familienangehörigen gehören. Die "bevorzugte" Stellung, die Dr. M. geniesst, hat nicht gehindert, dass er ebenfalls bereits zweimal Unannehmlichkeiten ausgesetzt war. Das eine Mal wurde er im Sommer an einem Freitag Abend auf dem Nachhauseweg von seinem Tempel (Kluckygasse. XX) gemeinsam mit einigen Vorstehern des Tempelvereines verhaftet. Der Grund für diese Massnahme war Folgender: Ein Wachbeamter hatte die aus dem Tempel gekommenen Juden in barschem Tone aufgefordert, nicht stehen zu bleiben und rasch nach Hause zu gehen. Um sich eine solche Anrempelung zu ersparen, entfernte sich Dr. M. und seine Gesellschaft eiligen Schrittes, woran aber gerade der Wachbeamte Anstoss nahm, umsomehr als Dr. M. einige ungarische Zeitungen und die "Jüdische Rundschau" bei sich hatte. Er wurde mit den anderen Herren bis 11 Uhr abends auf dem nächsten Wachzimmer festgehalten und es bedurfte erst zahlreicher Telefongespräche, insbesondere mit der Gestapo, um ihn freizubekommen.

Der zweite Vorfall spielte sich folgendermassen ab: Nach dem 10. November bekam die Kultusgemeinde den Auftrag, die Personalien und Vermögensverhältnisse, sowie Auswanderungschancen der "Eingezogenen" in Listen aufzunehmen. Untertags mussten die Beamten den Parteienverkehr abwickeln, der infolge des Massenansturms von Familienmitgliedern der Verhafteten ungeheure Dimensionen annahm, des Nachts mussten die meisten Beamten im Hause zurückbleiben, um die Korrespondenz zu bewältigen, insbesondere aber die innerhalb einer kurzen Frist angeforderten oberwähnten Listen fertig zu stellen. So blieben namentlich die Oberbeamten der Kultusgemeinde elf Tage lang Tag und Nacht im Hause, das Essen wurde ihnen von jungen Helfern der Kultusgemeinde gebracht, die in Begleitung eines der im Hause stationierten S.S.-Männer die Lebensmittelgeschäfte in der Umgebung aufsuchten (die Begleitung erfolgte deshalb, damit den jüdischen Bürschen kein Anstand beim Einkauf gemacht werde), im Sitzungssaal der Kultusgemeinde wurden zusammenlegbare Betten aufgestellt, damit die Beamten partieweise wenigstens einige Stunden schlafen konnten; wenn einer der Beamten dringend ausserhalb des Hauses zu tun hatte, erhielt er einen vom Kommandanten der dem Hause zugeteilten S.S.Truppe, die in dieser Zeit Dienst machte, ~~ein~~gezeichneten Entlassungsschein mit genauer Angabe der Zeit, für die die Erlaubnis zur Entfernung aus dem Hause gegeben wurde. Die S.S.-Truppe, die in dieser Zeit Dienst machte, war nicht mehr dieselbe, die seit dem Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Kultusgemeinde täglich je 5 Mann gestellt hatte, mit welcher letzteren sukzessive ein beinahe angenehmer Kontakt seitens der Beamtenschaft des Hauses hergestellt worden war. Die neuen Herren unterschieden sich sowohl hinsichtlich ihrer weit grösseren Zahl als auch ihres Auftretens in sehr unliebsamer Weise von den früheren Dienstuenden, wiederholt kamen auch Diebstähle von Büroeinrichtungsgegenständen vor, die offensichtlich den neuen S.S.-Leuten zuzuschreiben waren. Sehr beliebt waren bei ihnen zur Nachtzeit "Inspektionen" in den einzelnen Abteilungen der Gemeinde, ob dort insbesondere an der Fertigstellung der Listen gearbeitet werde.

Bei einer solchen Inspektion wurde Dr.M.aufgefordert, "Rapport" über den Fortgang der Arbeit zu erstatten, und während er dies tat, haute ihm eben jener S.S.Kommandant, der den Befehl zum Rapport erstatten gegeben hatte, mit aller Wucht ins Gesicht, dennoch musste Dr.M. in seinem Bericht fortfahren. Eine Beamtin der Kultusgemeinde, Fräulein Steuermann, die rotblondes Haar hat, wurde verdächtigt, dass dieses Haar - zum Zwecke der Angleichung an die arische Haarfarbe - gefärbt sei, sie wurde bei den Haaren gerissen, damit auf diese Weise deren Echtheit festgestellt werde.

Streng vertraulich: In den letzten Tagen ist die Leitung der Kultusgemeinde aufgefordert worden, für den jetzt im Polizeiarrest Buchenwald befindlichen früheren Präsidenten der Kultusgemeinde Dr.Desider Friedmann ein Gesuch um Entlassung bei der Gestapo einzubringen. Diese seitens der Gestapo selbst ergangene Aufforderung scheint die Möglichkeit einer in absehbarer Zeit erfolgenden Entlassung des seit dem 18. März in verschiedenen Arresten festgehaltenen Dr.F. zu gewährleisten, dies umsomehr, als für ihn bereits seit vielen Monaten ein Zertifikat für Palästina vorbereitet liegt. Dagegen sieht man keine Chance, dass Oberbaurat Ing.Robert Stricker und Redakteur Bruno Heilig aus dem Konzentrationslager Buchenwald herauskommen, wie überhaupt Entlassungen aus diesem Lager nur in den allerseltensten Fällen erfolgen. Bei

Interventionen für die beiden Letztgenannten wurde ausdrücklich erklärt, dass ihre Festhaltung wegen der so scharf antinationalsozialistischen Schreibweise der von ihnen verantwortlich herausgegebenen jüdischen Zeitungen "Die neue Welt" bzw. "Die Stimme" andauere. (Oberbaurat Stricker wird also nicht, wie nach den ersten Verhören zu vermuten war, wegen seiner Position in der Druckerei Steinmann, in der "Der Telegraph" hergestellt wurde, festgehalten).

Es ist im jüdischen Wien eine allgemeine Verwunderung darüber, dass Oskar Hirschfeld trotz seiner Stellung als Chefredakteur und verantwortlichem Schriftleiter der "Wahrheit" nur drei Monate in Wien festgehalten und dann, ohne Dachau gesehen zu haben, entlassen wurde, wenn man bedenkt, dass die Schreibweise seines Blattes an Schäffe den von den beiden unglücklichen Kollegen herausgegebenen Blättern nicht nachstand. Tatsache ist, dass Hirschfelds Referent Reg.Rat Dr. Weinmann aus Köln bald nach der Erledigung des Falles Hirschfeld von der Wiener Gestapo entfernt wurde, es liegt die Vermutung nahe, dass er sich auch noch in anderen Fällen so nachgiebig gezeigt hat und deshalb in diesem Hause der Roheit nicht mehr genehm war.

Ausser dem in dem früheren Berichte erwähnten Entlassungsweise der durch Dr. Blauer im Notarrest XX. Karajangasse (Volksschule) festgehaltenen Beamten der Kultusgemeinde wurde noch ein zweiter Vorgang gewählt, um die am 10. November willkürlich verhafteten Beamten der Kultusgemeinde aus den Gefängnissen zu befreien. Ein Kommandant der im Hause stationierten S.S.-Truppe suchte gemeinsam mit einem Herrn aus dem Führstab der freiwilligen jugendlichen Helfer der Gemeinde sämtliche Wiener Polizeikommissariate ab und der letztere musste die Beamten der Kultusgemeinde, deren Rechercheure und Helfer agnoszieren. Diese Tätigkeit setzte aber erst ziemlich spät ein (das war eben der Grund, dass so viele der Beamten aus den Polizeikommissariaten schon in die Karajangasse geschickt worden waren), vorher hatte der Herr Kommandant keine Zeit, denn er musste sich gemeinsam mit Herrn Eichmann an der Zerstörungsaktion, der der Seitenstettertempel zum Opfer fiel, führend beteiligen.

Die Zahl der anfangs Jänner noch in Dachau auf Grund der "Aktion" vom 10. November festgehaltenen Juden wird auf 3000 geschätzt. Es kommen in letzter Zeit fortwährend Enthaltungen vor, in den allermeisten Fällen jedoch nur dann, wenn die Angehörigen, die ein Gesuch an die Gestapo richten müssen, in diesem und bei der dann erfolgenden mündlichen Vorladung eine Ausreise per sofort nachweisen können. Im allgemeinen ist das Benehmen der einvernehmenden Beamten gegenüber dem betreffenden Familienmitgliede zuvorkommend. Vom Momente der Vorladung bis zur Haftentlassung vergehen gewöhnlich 8 bis 14 Tage. Andererseits ist in der letzten Woche wieder ein Ansteigen der Verhaftungen zu konstatieren; ausserdem werden die Juden auch weiter Schikanen ausgesetzt, so mussten sie in den letzten Tagen bei der Reinigungsaktion der infolge des Tauwetters angehäuften Kotmassen in Wien - natürlich unbezahlt - mithelfen.

Unter den vielen Scheusslichkeiten des 10. November hat besonderes Aufsehen der auf grausamste Weise verursachte Tod des bekannten Wiener jüdischen Restaurateurs Schwarz, Wien II, Rotesterngasse, erregt. Der Arme, der einer bekannten Wiener jüdischen Restaurateursfamilie entstammte und dessen Unternehmen vom Vater her den Rang der renommierten Wiener jüdischen Gaststätten à la Neugröschl und Tonelle einnahm, ist seit dem ersten Umbruchtag auf das schwerste heimgesucht worden. Schon gleich nach dem Umbruch ist das Restaurant von S.A. geplündert worden, so dass seine Neuinstallation grosse finanzielle Opfer kostete. Dann

hiess es, dass am 1. August alle jüdischen Gaststätten Wiens schliessen müssten, und aus Gram über diese Nachricht verübte Schwarz einen Selbstmordversuch und wurde im letzten Moment gerettet. Nun ist er am 10. November in seinem eigenen Frigidaire eingeschlossen worden und eines qualvollen Todes gestorben.

Über die Stimmung der arischen Bevölkerung befragt, erklärte der Berichterstatter, dass diese wohl sehr viel mehr oder minder offen schimpfe, insbesondere über den manchmal fühlbaren Lebensmittelmangel, dass aber mit einer Entladung dieser offensichtlich bestehenden Unzufriedenheit in irgendeiner revolutionären Weise nicht so bald zu rechnen sei, dies ist schon der schweren Unterdrückungsmethoden wegen nicht anzunehmen, vielmehr ist eine gewisse Resignation allüberall zu verzeichnen. (In Wien kursiert das Wahr- und Witzwort: "Den Juden geschieht Unrecht, den Ariern Recht!") Den Wiener Juden wurde nur zwei Tage nach dem 10. November, damals wohl in sehr vielen Lebensmittelgeschäften nichts verkauft; den Anfang machte die bekannte Wiener Kaffeefirma Julius Meinl, deren Besitzer sich während des Schuschnigg-Regimes in "vaterländischer Gesinnung" nicht genug tun konnte und auch durch Zuhelirat jüdisch versippt ist.

Sehr interessant ist die Antwort auf meine Frage, wie man sich die besondere Härte der nationalsozialistischen Judenpolitik in Oesterreich erkläre, die in keinem Verhältnis selbst zu den schlimmsten Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre im "Altreich" stehe; man meint, dass in allen Verfügungen der Gestapo der Gedanke durchleuchte, dass das langsame Tempo, das die Auswanderung der Juden aus dem Altreich in diesen fünf Jahren nach Ansicht der Nationalsozialisten genommen hat, die Schärfe der gegen die oesterreichischen Juden gerichteten Massnahmen verursacht habe. Hitler hat dem deutschen Volk ein judenfreies Deutschland versprochen, und er will dieses Idealbild noch erleben. Das langsame Tempo der Auswanderung aus dem Altreich liess die Befürchtung aufkommen, dass er diesen Idealzustand nicht verwirklicht sehen würde. und deshalb hat man in der Ostmark vom ersten Tage an drakonische Massnahmen eingeführt, die eine Massenauswanderung herbeiführen sollten und übrigens auch herbeiführten. Nun, da dieses Experiment gelungen ist, soll auch im Altreich zugepackt werden, wo bisher Massnahmen derartiger Schärfe unbekannt waren; ein führender Funktionär der Wiener Gestapo, der auf einer Reise durch das Altreich eine dortige Behörde besuchte und gesprächsweise von den Ausweisungen der Wiener Juden erzählte, begegnete dem lebhaftesten Erstaunen seiner reichsdeutschen Kollegen über die Anwendbarkeit einer solchen Verfügung; der betreffende Funktionär hat diese Episode selbst erzählt. Zwischen dem Hilfsverein der deutschen Juden und der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde darf über behördlichen Auftrag nur ein auf das Allernotwendigste beschränkter Kontakt bestehen.

Zu der Vernichtung der Tempel ist noch ein bezeichnendes Detail nachzutragen. Bei jenen Gotteshäusern, deren christliche Hausbesorger P.G. waren, war während der Zerstörungsaktion eine Tafel angebracht worden: "Achtung, Hausbesorger Parteigenosse!"